

Veränderung braucht Aufklärung

Rede anlässlich des 25. Geburtstages der Rosa Luxemburg Stiftung Brandenburg

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

ich weiß nicht, ob die Wahl auf einen Juristen als Festredner eine so Glückliche war. Hatte doch Karl Liebknecht, der Kampfgefährte Rosa Luxemburgs, seinem Rechtsanwaltskollegen und Genossen Wolfgang Heine auf dem Jenenser Parteitag der SPD 1905 ins Stammbuch geschrieben: „Juristerei erzeugt Neigung zum Formalismus und erschwert revolutionäres Denken und Fühlen.“ (Liebknecht, S. 160) Heine hatte aus einer fundamentalopportunistischen Position heraus den politischen Massenstreik als Kampfmittel der Arbeiterklasse mit dem Hinweis auf das geltende Strafgesetzbuch von 1871 prinzipiell abgelehnt.

Ich hoffe, ich kann dieses Vorurteil widerlegen. Jedenfalls werde ich nicht der Neigung unterliegen, meine Redezeit mit der Aufzählung all jener Aktivitäten der Stiftung, die die 25 Jahre prägten, zu vergeuden. Hervorzuheben wäre eine Vielzahl. Beispielsweise wären die Kolloquien zur Außen- und Sicherheitspolitik zu nennen, die internationales Format aufweisen. Ich erinnere mich noch genau an das 18. Kolloquium vor zwei Jahren zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, auf dem der kürzlich verstorbene Kurt Pätzold ein beeindruckendes Referat hielt. Hervorzuheben wäre auch die von Frank Schubert organisierte Reihe zur Rolle der Medien in unserer Gesellschaft, der Dauerbrenner unter den Veranstaltungen der letzten 25 Jahre. Oder die Gespräche über Philosophie, Kunst und Politik in Senftenberg, die eng mit dem Namen Gerd-Rüdiger Hoffmann verknüpft sind. Erwähnenswert wäre auch die Geschichte des Förderpreises, den die Stiftung erstmals vor fünfzehn Jahren vergab. Erster Preisträger war Sebastian Köhler, der mittlerweile zum Professor avancierte. Interessant ist, dass im vergangenen Jahr der Preis auch für Arbeiten aus dem künstlerischen Bereich geöffnet wurde. Ich halte diesen Schritt für richtig. Ging es doch der Arbeiterbewegung nicht nur um die politische und wirtschaftliche Emanzipation, sondern auch um die kulturelle. Kunst als Stätte des geschichtlichen Kampfes. Die künstlerische Aneignung der Wirklichkeit hält vielfachen Erkenntnisgewinn bereit. So geben Brechts zwei Sätze aus der Dreigroschenoper - „Was ist ein Dietrich gegen eine Aktie? Was ist der Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?“ (Brecht, S. 43) - mehr Denkanstöße zum Charakter der Finanz- und Wirtschaftskrise als manch akademische Abhandlung.

Ich möchte mich aber im Folgendem drei Themen zuwenden, die die Zusammenarbeit der Stiftung mit der Linksfraktion im Brandenburger Landtag berühren. Dabei knüpft der Titel - Veränderung

braucht Aufklärung - unmittelbar an Rosa Luxemburg an. Diese hatte ein Konzept der „revolutionären Realpolitik“ (Haug, S. 139 ff.) entwickelt. Wichtige Bestandteile des Konzepts sind Aufklärung und Information.

Um Aufklärung geht es auch bezüglich des Hotels, in dem wir uns befinden. Wir feiern nämlich unser Jubiläum an einem symbolträchtigen Ort. Das Mercure oder wie es in einem satirischen Beitrag in der Fernsehsendung „Extra 3“ hieß: Das Zonenhotel wie auch die Fachhochschule und der Staudenhof sollen nach dem Willen der Potsdamer Rathauspitze und nicht nach dem der Bevölkerungsmehrheit abgerissen werden. Dabei geht es nicht primär um architektonische Fragen (vgl. Krauß 2016), sondern um die symbolische Neubesetzung der Potsdamer Innenstadt. Diejenigen, die die Neugestaltung der Potsdamer Mitte anstreben, wollen, dass die erinnerungsmächtigen DDR-Gebäude aus der Innenstadt verschwinden. Die Potsdamer Stadtgeschichte würde in der Zukunft zwischen 1945 und 1989 eine symbolische Lücke aufweisen. Wir hätten dann die „bereinigte“ Mitte, die im künstlichen Barock erstrahlt, und die DDR-Neubaublöcke am Rande der Stadt, in denen mehrheitlich die ärmeren, ostdeutsch sozialisierten Schichten leben. Dies vor Augen ist es richtig, hier den Jahrestag der RLS zu begehen und sich damit für eine bewahrende, restaurierende, soziale und innovative Bautätigkeit in der Stadt einzusetzen (vgl. Angelow, S. 159).

Damit ist zugleich der Bogen geschlagen zur Enquetekommission 1 der letzten Legislaturperiode des Brandenburger Landtags, die unter dem sperrigen Titel „Aufarbeitung der Geschichte und Überwindung der Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat“ firmierte. Auch hier ging es um Deutungshoheit, um Vergangenheitspolitik im Dienste gegenwärtiger Interessen. Die Opposition, die mit allen Mitteln die erste Koalition aus Sozialdemokraten und Linken in Brandenburg bekämpfte, verfolgte mit der Einsetzung der Kommission zwei Ziele: einmal die weitere Dämonisierung der DDR und zum anderen die Desavouierung des „Brandenburger Weges“ und der Regierungszeit unter Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD). Mit dieser Strategie sollte die Koalition ins Mark getroffen werden. Insofern war es naheliegend, dass unsere Fraktion eng mit der Stiftung, die sich auf dem Gebiet der Zeitgeschichte profiliert hatte, zusammenarbeitete.

Aber die Unterstützung durch die RLS beschränkte sich nicht auf die Beratung der Fraktion. Vielmehr etablierte sie eine alternative Diskussionsstruktur durch Tagungen zur Umwandlung der Landwirtschaft, zur Brandenburger Landesverfassung, zum Elitenwechsel und zu dem Buch „Die Kommission“ aus der Feder von Matthias Krauß. Während die Enquetekommission primär der Frage nachging, wie viele Mitarbeiter des MfS von der Polizei oder der Justiz in Brandenburg

übernommen worden waren, um dies dann zu skandalisieren, hat die Stiftung auf die andere Dimension des Elitenwechsels und seine Folgen aufmerksam gemacht. In Jürgen Angelows Buch „Entsorgt und ausgeblendet“ ist die bittere Bilanz nachlesbar. 60 Prozent des Hochschulpersonals und 85 Prozent des in der Industrieforschung wurden „abgewickelt“. Die Spitzenposten in den Verwaltungen sind überwiegend durch Westdeutsche besetzt. Auf der einen Seite führte die Neubesetzung der offenen Stellen in Wissenschaft und Verwaltung zur Beseitigung des Ressourcenstaus im Akademikerbereich des Westens. Auf der anderen Seite ging nicht nur in der Wissenschaft die originäre Ostperspektive verloren. Marxistisch basierte Ansätze wurden aus dem offiziellen Betrieb der Geisteswissenschaften gänzlich verbannt. Wobei damit nicht jener Marxismus gemeint ist, den Ernst Bloch zu Recht als versteinerten Marxismus charakterisierte. Zudem sind das Resultat dieses Elitenwechsels zerstörte Generationszusammenhänge im Osten (vgl. Angelow, S. 105 ff., 163 ff.). Erneuerung wird aber nicht durch Ausgrenzung geleistet, sondern durch Auseinandersetzung (vgl. Braun 2014, S. 159). Hier muss linke Politik - noch dazu in Regierungsverantwortung - gegensteuern.

Die Rückbesinnung auf den verfassungsgebenden Prozess Anfang der 90er Jahre in Brandenburg war für die LINKE von zweifacher Bedeutung. Zunächst dokumentiert er die Abkehr der PDS als verfassungsgebende Partei von jenem politbürokratischen Rechtsverständnis, wonach das Recht Mittel der Politik, aber nicht deren Maß sei. Auf diesem Verständnis basierten viele Justizverbrechen in der DDR. Natürlich sollten wir uns keiner Illusion hingeben. Recht und Gesetz sind - wie auch die Verfassung selbst - das Produkt von Interessenkämpfen, wobei sich die Träger gesellschaftlicher Macht in der Regel durchzusetzen pflegen. Und das in der Verfassung verankerte Rechtsstaatsprinzip ist ein Strukturprinzip, kein Substanzprinzip unserer Rechtsordnung. Es garantiert Rechtssicherheit, nicht aber Rechtsrichtigkeit. Aber ein rechtsstaatlich verfasster Staat bietet mehr Chancen für eine Demokratisierung von Staat und Gesellschaft als Staaten, denen rechtsstaatliche Grundsätze fremd sind (vgl. Klenner, S. 68 f.). Insofern muss der Erhalt der Funktionsfähigkeit des Rechtsstaates auch Anliegen linker Politik sein. Jedenfalls sollten wir nicht wieder auf die Verfassungstheorie Ferdinand Lassalles zurückfallen. Der hatte 1862 in einem Vortrag erklärt: Die Verfassung seien die tatsächlichen Machtverhältnisse des Landes, wohingegen das Verfassungsgesetz lediglich ein beschriebenes Blatt Papier sei - wertlos, wenn es den realen Machtverhältnissen nicht entspreche (vgl. Lassalle, S. 130, 147).

Die Diskussion um die Entstehung und Bedeutung der Landesverfassung war andererseits wichtig, weil sie die Alternativen im Umbruch 1989/90 thematisierte. Denn ein Gedankenmaterial, auf das die Autoren der Landesverfassung zurückgriffen, war der Verfassungsentwurf des Runden Tisches (vgl. Schöneburg 2010). Er spiegelt den Versuch von Reformsozialisten und Bürgerrechtlern wider,

die DDR an Haupt und Gliedern zu erneuern. Sie ließen sich, wie es Volker Braun ausdrückte, von der Frage leiten, „ob es nicht etwas Moderneres gibt als den Zirkus der Parteien, eine Demokratie der Basis, eine Demokratie, die Lösungen für alle will. Freizügig und selbstbewusst, solidarisch in sich und mit der Natur und mitdenkend mit der Welt.“ (Braun 1998, S. 17) Die Monate der Basisdemokratie und ihre Konzepte wie das des „Modernen Sozialismus“ sind weitestgehend vergessen (vgl. Sabrow). Sie wurden gleich mit unter den „Unrechtsstaat DDR“ subsumiert. Meines Erachtens geschieht das zu Unrecht. Denn es erweist sich, dass die Funktionsfähigkeit der Gesellschaft nicht durch Sozialabbau, Lohnkürzungen, prekäre Beschäftigung oder deregulierte Märkte zu garantieren ist. Es bedarf mehr Teilhabe, mehr Spielraum und mehr Ressourcen für die freie Entwicklung der Individuen (vgl. Land). Insofern ist es eine lohnenswerte zeithistorische Aufgabe für die RLS, sich der kurzen Zeit der Basisdemokratie am Ende der DDR mit dem Blick auf das Heute immer wieder zuzuwenden (vgl. Klenner 2015, S. 106 ff., Fink).

Trotz der Beratung durch die Stiftung blieben wir in der Enquetekommission oft defensiv und mussten so manche Kröte schlucken. Das setzte sich zum Beispiel im letzten Bericht der Diktaturbeauftragten an den Brandenburger Landtag, in dessen Zentrum u. a. die Kinderheime in der DDR stehen, fort. Natürlich sind die geschlossenen Jugendwerkhöfe und Übergriffe in den Heimen der DDR scharf zu kritisieren. Denn es gilt: Wer von uns Linken über das Unrecht von heute lamentiert, hat die verdammte Pflicht, auch über das Unrecht und die Ungerechtigkeiten von gestern, ihre Ursachen und begünstigenden Bedingungen zu sprechen. Aber was diese Vergangenheitspolitik so schwer erträglich macht, ist der Mangel an Fragen zu Parallelentwicklungen, zu Kontinuitäten und Diskontinuitäten zwischen Ost und West. Kürzlich habe ich in einer Arbeit zur Sicherungsverwahrung über die Heime in der alten BRD gelesen, dass „Heime, in denen Fürsorgeerziehung vollzogen wurde, eher Arbeitslagern glichen, in denen Prügel und Ausbeutung an der Tagesordnung waren, als dass fürsorglich erzogen worden wäre.“ (Asprion, S. 36) Die in Brandenburg nach 1990 betriebenen geschlossenen „Hasenburg-Heime“, in denen unhaltbare Zustände herrschten, stehen in dieser Tradition. Aber das Elend sei, schrieb der Dichter Volker Braun, dass das Bleibende so ganz ins Recht gesetzt sei (vgl. Braun 1998, S. 61).

Ist unser defensives Verhalten in der Vergangenheitspolitik der Preis für die Regierungsbeteiligung? Rosa Luxemburg, vom etablierten Victor Adler in einem Brief an August Bebel als „giftiges Luder“ (Laschitzka, S. 352) titulierte, stand einer Regierungsbeteiligung unter bürgerlichen Verhältnissen kritisch gegenüber. Ein sozialistischer Minister werde zum Mitmachen gezwungen, also „tatsächlich kein Sozialist, wenigstens in den Grenzen des Regierungsamtes, zu sein.“ (Luxemburg Bd. 1/1, S. 483) An anderer Stelle formulierte sie noch zugespitzter: Praktische Erfolge könnte der Arbeiter

von bürgerlichen Parteien in viel höherem Maße erwarten „als von ‚Arbeitervertretern‘, die sich von bürgerlichen Politikern in nichts unterscheiden, als dass sie nebenbei auch noch vom Sozialismus schwatzen!“ (Luxemburg Bd. 1/2, S. 95 f.) Ich teile diese radikale Auffassung Rosas aus eigener Erfahrung nicht, wenngleich viel Wahres in ihren Worten liegt. Wir müssen nur den Mut finden, wirklich linke Projekte zu kreieren und umzusetzen. Zudem sollten wir uns der Erfahrungen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung versichern, auf denen u. a. Luxemburgs Skepsis fußte. Wolfgang Abendroth hat sehr überzeugend beschrieben, warum sich in der SPD nach dem Rückzug oder Tod der Volkstribunen August Bebel und Wilhelm Liebknecht ein Trend der Anpassung durchsetzte. Demnach richtete eine breite Schicht von Berufspolitikern und hauptamtlichen Parteiarbeitern die Partei auf ihre pekuniären und machtpolitischen Interessen aus. Sie wurden Träger einer „Integrationsideologie“, die das Parteiprogramm überformte (vgl. Abendroth, S. 26 f.). Historisches Gegenwartsbewusstsein ist also gefragt.

Lassen Sie mich als Zweites einige Gedanken zum Rechtsradikalismus, über den die RLS aus gegebenen Anlass in den letzten Monaten in Kooperation mit anderen Institutionen wie dem „Freiland“ verstärkt aufgeklärt hat, entwickeln. Wir erleben gegenwärtig, dass Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus ihre Tentakel bis in die Mitte der Gesellschaft ausstrecken. Wir sehen die rechtspopulistische AfD von einem zweistelligen Wahlerfolg zum anderen eilen. Standen für den gewaltbereiten Rechtsradikalismus in den 90er Jahren Orte wie Rostock, Hoyerswerda und Mölln, sind es nun Freital, Nauen oder Bautzen. Mich wundert der breite Zuspruch für die äußersten Rechten nicht. Hat nicht Thilo Sarrazin mit seinem ausländerfeindlichen, rassistischen Buch „Deutschland schafft sich ab“ vor einigen Jahren eine millionenhohe Auflage erzielt? Die Formulierungen Sarrazins hätte Victor Klemperer für eine Fortsetzung seiner Arbeit „LTI“ nutzen können. Wer die soziologischen Studien zu den „Deutschen Zuständen“, herausgegeben von Wilhelm Heitmeyer, gelesen hat, kann nicht erstaunt sein. Die neue Qualität ist, dass sich die extreme Rechte über Pegida und die AfD massenhaft öffentlich artikuliert.

Auf die Gewalttaten von rechts müssen Polizei und Justiz konsequent reagieren. Es muss der Vergangenheit angehören, dass sich eine Nazigang jahrelang quasi spazierengehenderweise mordend durch das Land bewegt und die Sicherheitsbehörden bis zur Komplizenschaft untätig sind. Aufzuklären ist über den Rechtspopulismus der AfD. Sie bedient sich laufend der Feindbilder: die Zuwanderer, die Politiker, das System und verstärkt Ressentiments in der Gesellschaft. Mit ihrer Hetze bereitet sie den Boden für rechtsradikal motivierte Gewalt. Der Biedermann und der Brandstifter bilden eine Einheit. Aus diesem Grund werden wir auch keinem Beweisantrag der AfD, mag er noch so fundiert sein, im NSU-Untersuchungsausschuss des Landtags zustimmen. Wir spielen deren verlogenes Spiel nicht mit.

Doch wer über Verrohung und Rechtspopulismus spricht, muss die Verteilungsfrage thematisieren. Der soziale Nährboden für rechtes Gedankengut ist durch linke Politik in den Blick zu nehmen. In diesem Kontext ist eine Arbeits- und Sozialpolitik zu kritisieren, die Risiken aus gesellschaftlich erzeugten Problemen aus dem ökonomischen Verantwortungszusammenhang herauslöst und auf die einzelnen Menschen zurückverlagert. Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit wird zuvorderst gegen Arbeitslose geführt. Nicht nur die Theorie der Weltbank ist die Individualisierung der Armut (vgl. Braun 1998, S. 172). Was haben elf Jahre Hartz IV gebracht? Stichworte müssen an dieser Stelle genügen. Es haben sich Hartz IV-Milieus herausgebildet, da etwa die Hälfte der Betroffenen länger als vier Jahre Leistungen nach Hartz IV bezieht. Der Arbeitsmarkt ist durch Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse und prekäre Beschäftigung geprägt. Hartz IV entfaltet eine Abschreckungswirkung und produziert Abstiegsängste. Während der Überwachungsstaat auch auf diesem Sektor ausgebaut wird, sind die Folgen für die Demokratie negativ (vgl. Butterwegge). Es gibt Gruppen, die mehr und mehr aus der Gesellschaft herausfallen. Ganze Regionen sind von der gesamtstaatlichen und europäischen Entwicklung abgekoppelt, was wiederum Gefühle des Nichtmehrgebrauchtwerdens und des Ausgeliefertseins fördert. Das skizzierte Problemfeld ist ein fruchtbarer Schoß für die hohen Zustimmungsraten für rechtsradikale und, vor dem Hintergrund der bei uns Schutz suchenden Flüchtlinge, ausländerfeindliche Ansichten in der Bevölkerung.

Die LINKE muss vor diesem Befund konsequent die Interessen der prekär Beschäftigten, der Abgehängten, der Arbeitslosen oder der Alleinerziehenden wahrnehmen. Die Bedeutung der politischen Randgruppenarbeit ist wieder zu entdecken (vgl. Mathiesen). Alternativen jenseits einer Abschottungs- und Austeritätspolitik sind zu denken und umzusetzen. Dabei kann die Wiederbelebung des Verfassungsbegriffs des „demokratischen und sozialen Rechtsstaats“ durchaus hilfreich sein (vgl. Schöneburg 2014, S. 35 ff.).

Ausgeformt wurde das Konzept durch den Staatsrechtslehrer Hermann Heller Ende der 20er Jahre des vorigen Jahrhunderts angesichts des aufkommenden Faschismus. Sein in dem Buch „Rechtsstaat oder Diktatur“ entwickeltes Verständnis der Gleichheit vor dem Gesetz ging über die formale Rechtsgleichheit hinaus und zielte auf eine gerechte Teilhabe derer, die den ungleich verteilten Reichtum gemeinsam erarbeiten. Hellers Gedanken fanden 1949 Eingang in das Grundgesetz. Der Verfassungsbegriff des „demokratischen und sozialen Rechtsstaates“ beinhaltet nach historischer Auslegung des Grundgesetzes eine rechtlich gesicherte soziale Chancengleichheit, die Einschränkung sozialer Disparitäten und die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Lebensprozess. Auf einer zweiten Ebene sollte der Begriff die Chance bieten, die Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur der BRD demokratisch zur Disposition zu stellen. Es fällt nicht schwer, zu konstatieren, dass die herrschende Politik vielfach diesen Anspruch verfehlt. Die effektivste

Gegenstrategie gegen den Rechtsradikalismus wäre jedoch eine Politik, die sich an der Durchsetzung des „demokratischen und sozialen Rechtsstaates“ entsprechend der ursprünglichen Intention orientiert.

Lassen Sie mich drittens und abschließend darauf verweisen, dass vor 500 Jahren, 1516, Thomas Morus „Utopia“ erschienen ist. Die Zeitschrift „Berliner Debatte Initial“, die beim eng mit der Stiftung kooperierenden Verlag Welt Trends erscheint, hat aus diesem Anlass ein ganzes Heft unter der Überschrift „Die Lücke der Utopie“ veröffentlicht. Da Gesellschaftskritik, wenn sie voll praktisch werden soll, einer Alternative bedarf (vgl. Busch, S. 96), hoffe ich, dass die RLS der Ort bleibt, konkrete Utopien zu diskutieren und die Fraktion sich dabei einbringt. Gestatten Sie mir noch eine weitere Bemerkung zum Thema Utopie. Als ich in meiner alten, von dem Blochschiüler Jürgen Teller beim Leipziger Reclam-Verlag herausgegeben „Utopia“ blätterte, blieb ich bei einem Satz hängen: „An Fürstenhöfen will man eben von Philosophie nichts wissen.“ (Morus, S. 42) Was Morus hier aufs Korn nimmt, ist eine gewisse Resistenz der Herrschenden gegenüber einer vernünftigen Politikberatung (vgl. Wassermann, S. 8 ff.). Vernichtend ist seine Kritik an den Neidern, an der liebedienerischen, selbstgefälligen Schmeichelei, der Engstirnigkeit und Innovationsfeindlichkeit vermeintlicher Berater (Morus, S. 16 ff.). Morus wusste, wovon er schrieb. Endete doch seine Politikberatung auf dem Schafott. Die PDS hatte in den 90er Jahren kein Problem mit wissenschaftlicher Beratung. Sie war ja auch die Partei der abgewickelten DDR-Intelligenz. Ihre „Volkstribunen“ wie Gregor Gysi oder in Brandenburg Lothar Bisky kamen direkt aus intellektuellen und künstlerischen Milieus. Sie haben diese Verbindungen nie gekappt und immer für ihre Politik produktiv genutzt. Heute stellt sich für unsere Partei, jedenfalls in Brandenburg, die Situation anders dar. Das soziologische Profil ihrer Protagonisten hat sich verändert. Insofern gilt es nicht nur, die Interessen der befristet und prekär Beschäftigten Wissenschaftler, deren Lage Christoph Hein in „Weiskerns Nachlass“ literarisch brillant problematisiert hat, aufzugreifen, sondern auch Brücken in ihre Milieus zu schlagen. Dabei kann der RLS eine wichtige Scharnierfunktion zukommen.

Rosa Luxemburg stellte einst die Frage, was eine sozialistische Partei im alltäglichen Kampf ausmache? Sie nannte drei Formen des praktischen Kampfes unter Wahrung des Fernziels einer ausbeutungsfreien Gesellschaft: den gewerkschaftlichen Kampf, den für Sozialreformen und den Kampf um die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft. Um als sozialistische Partei im Sinne Rosas agieren zu können, braucht die Brandenburger LINKE die Rosa Luxemburg Stiftung.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Literatur

Wolfgang Abendroth, Die Aktualität der Arbeiterbewegung, Frankfurt a. M. 1985.

Jürgen Angelow, Entsorgt und ausgeblendet. Elitenwechsel und Meinungsführerschaft in Ostdeutschland, Potsdam 2015.

Peter Asprion, Gefährliche Freiheit? Das Ende der Sicherungsverwahrung, Freiburg 2012.

Volker Braun, Wir befinden uns soweit wohl. Wir sind erst einmal am Ende, Frankfurt a. M. 1998.

Ders., Werktag. Arbeitsbuch 1990-2008, Berlin 2014.

Bertolt Brecht, „Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?“ Das Brecht-Brevier zur Wirtschaftskrise, Berlin 2016.

Christoph Butterwegge, Hartz IV und die Folgen. Auf dem Weg in eine andere Republik?, Weinheim/Basel 2015.

Ulrich Busch, Postsozialistische Romantik, in: Berliner Debatte Initial 2/2016, S. 94-106.

Heinrich Fink, Wie die Humboldt-Universität gewendet wurde, Berlin 2013.

Frigga Haug, Standbein und Spielbein - Rosa Luxemburgs Konzept von revolutionärer Realpolitik, in: Klaus Kinner/Helmut Seidel (Hrsg.), Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen ihres Werkes, Berlin 2002, S. 139-151.

Christoph Hein, Weiskerns Nachlass, Berlin 2011.

Hermann Heller, Rechtsstaat oder Diktatur, Tübingen 1930.

Hermann Klenner, Kritik am Recht. Aktualisierende Rechtsphilosophie, Berlin 2015.

Ders., Recht, Rechtsstaat und Gerechtigkeit, Köln 2016.

Mathias Krauß, Die Kommission. Enquete in Brandenburg - ein Zeitalter wird besichtigt, Potsdam 2013.

Ders., Dem Abriss geweiht. Ein Stadtpaziergang mit einem Schöpfer des Gebäudes der Fachhochschule, in: Neues Deutschland vom 14.09.2016, S. 3.

Rainer Land, Eine demokratische DDR? Das Projekt „Moderner Sozialismus“, Aus Politik und Zeitgeschichte 11/2010.

Anneliese Laschitzka, Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg, Berlin 2000.

Ferdinand Lassalle, Reden und Schriften, Leipzig 1987.

Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Band 1, Berlin 1958.

Luxemburg To Go, Berlin 2015.

Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 1-5, Berlin 1972-1974.

Thomas Mathiesen, Überwindet die Mauern! Die skandinavische Gefangenenbewegung als Modell politischer Randgruppenarbeit, Neuwied 1979.

Thomas Morus, Utopia, Leipzig 1982.

Martin Sabrow, Der vergessene „Dritte Weg“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 11/2010.

Volkmar Schöneburg, Rechtspolitik und Menschenwürde, Potsdam 2014.

Ders., Vom Ludergeruch der Basisdemokratie. Geschichte und Schicksal des Verfassungsentwurfes des Runden Tisches der DDR, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung III/2010, S. 24-33.

Felix Wassermann, „Bei Fürsten ist kein Raum für Philosophie“. Die utopische Politikberatung des Thomas Morus, in: Berliner Debatte Initial 2/2016, S. 7-14.